

Interpellation Robert Meyer (SD): Ärger mit Werbeplakatständer in den Lauben - Wie weit wurde die versprochene Verbesserung erreicht?

In seiner Antwort auf meine Interpellation „Werbeplakatständer in den Altstadtlauben – mühsame Hindernisse für die Fussgänger“ vom 26. August 2010 hat der Gemeinderat grundsätzlich zugestimmt,

- dass Handlungsbedarf besteht
- dass die primären Verkehrsflüsse (Fussgänger und insbesondere auch Personen mit Rollstuhl oder Kinderwagen) Vorrang haben vor Werbebedürfnissen
- dass im Herbst 2010 zahlreiche illegale Reklameständer polizeilich entfernt werden mussten
- dass er die Meinung teilt, dass zu viele Plakatständer (nebst der Behinderung des Fussgängerverkehrs) auch das Bild der Altstadt (UNESCO-Weltkulturerbe) beeinträchtigen.
-

Der Gemeinderat hat vermehrte Polizeikontrollen und die Erarbeitung eines „Vollzugskonzepts für Warenauslagen, Reklameständer und dergleichen“ in Aussicht gestellt. Da subjektiv wahrgenommen sich die Situation wieder verschlechtert hat, frage ich den Gemeinderat:

1. Liegt das versprochene Vollzugskonzept vor? Wenn Nein, bis wann ist es zu erwarten?
2. Teilt der Gemeinderat meine Einschätzung, dass die (wohl meist illegalen) Reklameständer wieder zugenommen haben?
3. Führt das Polizeinspektorat nach wie vor häufige Kontrollen durch? Mit welchem Resultat?
4. Sieht der Gemeinderat weitere Möglichkeiten, die Situation zu verbessern?

Bern, 29. März 2012

Interpellation Robert Meyer (SD): Manfred Blaser, Eveline Neeracher, Prisca Lanfranchi, Alexander Feuz, Manuel C. Widmer, Ueli Jaisli, Kurt Rüeegsegger, Roland Jakob, Simon Glauser, Jacqueline Gafner Wasem

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist auch der Meinung, dass nach wie vor Handlungsbedarf besteht und die primären Verkehrsflüsse wie Fussgängerinnen und Fussgänger, Menschen mit Behinderungen, Kinderwagen etc. gegenüber Werbebedürfnissen vorrangig zu behandeln sind. Er teilt ebenso die Meinung, dass zu viele Plakatständer das Bild der Altstadt als UNESCO-Weltkulturerbe beeinträchtigen.

Zu Frage 1:

Das Vollzugskonzept wurde von der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie erstellt. Die stadtinterne Vernehmlassung wurde durchgeführt. Da es dem Gemeinderat wichtig ist, dass das Konzept breit abgestützt ist, wurde auch das Merkblatt „Hindernisfreie Gehflächen“ vom Ja-

nuar 2012, welches sich auf die Norm SIA 500 stützt, berücksichtigt. Im Februar 2012 fand zudem eine Austauschsitzung mit der Behindertenkonferenz Stadt und Region Bern statt. Das Vollzugskonzept wurde in der Folge von der städtischen Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen sowie von der Behindertenkonferenz Stadt und Region Bern BRB geprüft, als gut befunden und mit kleinen Änderungswünschen verabschiedet. Zusätzlich wird der Gemeinderat BERNMOBIL und BERNcity zur Stellungnahme einladen. Anschliessend wird der Gemeinderat das breit abgestützte Vollzugskonzept beschliessen. Mit der Umsetzung wird ab Herbst 2012 gerechnet.

Zu Frage 2:

Nein, die Anzahl der Reklamestände und Warenauslagen in der Innenstadt ist konstant geblieben. Das Hauptproblem liegt darin, dass die Geschäfte die Einrichtungen häufig nicht dort aufstellen, wo diese bewilligt worden sind und somit stören.

Zu Frage 3:

Ja, das Polizeiinspektorat (Orts- und Gewerbepolizei) führt regelmässig Kontrollen durch. So wurde gerade im Monat Mai 2012 eine Aktion durchgeführt. Kontrolliert wurden mehrere Hundert Geschäfte. Leider mussten viele Beanstandungen vorgenommen werden. Nach den Kontrollen kann jeweils eine deutliche Verbesserung festgestellt werden. Leider ist dieser Zustand meist nur von kurzer Dauer. Dies macht regelmässige Kontrollen unabdingbar.

Zu Frage 4:

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es ein breit abgestütztes Vollzugskonzept braucht, mit klaren Regeln für den Vollzug. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass mit der konsequenten Durchsetzung eines Vollzugskonzepts (inkl. Repressionsmassnahmen bei wiederholter Missachtung) das Problem gelöst werden kann. Zusätzlich wird die Vollzugsbehörde zusammen mit der Behindertenkonferenz Sensibilisierungskampagnen bei den Geschäften durchführen.

Bern, 4. Juli 2012

Der Gemeinderat